

Memento

Stolz können wir verkünden: es ist ein Grundsatzprogramm!
 Auf dem 5. ordentlichen Bundesparteiitag der Alternative für Deutschland in Stuttgart vom 30.4. – 1.5.2016 wurde das Programm für Deutschland verabschiedet und ist unter https://www.alternativefuerdeutschland.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016_06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufzurufen. In das Grundsatzprogramm flossen unsere politischen Leitlinien, Mitgliederbefragungen, die Arbeit der Landes- und Bundesfachschüsse und natürlich unsere Kernforderungen ein.
 Der Untertitel könnte auch lauten: „Mut zu Deutschland. Freie Bürger, keine Untertanen“, wie es im Grundsatzprogramm steht. Dort heißt es ebenfalls: **„Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten.“** Unser Programm für Deutschland ist die vernünftige und verantwortungsvolle Alternative zur Politik der Altparteien. Es umfasst alle Bereiche von Demokratie und Europa, Sicherheit und Justiz über Außen- und Innenpolitik, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik, Einwanderung und Asyl, Finanzen, Steuern und Wirtschaft bis zu Kultur, Sprache, Wissenschaft, Energiepolitik, Natur- und Umweltschutz und Infrastruktur.
 In diesem Sinne: „Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen.“
 (Nadine Hoffmann)



AfD sagt NEIN zu Moscheebau in Erfurt

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag ludt zur Pressekonferenz am 17. Mai 2016 in den Thüringer Landtag ein. Thema war die geplante Moschee in Erfurt-Marbach. Dazu kündigte der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke im Vorfeld bereits ein verstelltes sich als unmittelbaren **Programmpunkt** der AfD-Fraktion an, dass der Moscheebau in Erfurt Teil eines langfristigen Landnahmepaketes ist. Die AfD-Fraktion wird nicht nur eigene politische Maßnahmen gegen den Moscheebau ergreifen, sondern auch Bürgerinitiativen tatkräftig unterstützen, die den Bau auf rechtsstaatliche Weise verhindern wollen. Die nächsten Angelegenheiten werden wir am Dienstag bekanntgeben.“ Die Ahmadiyya-Gemeinde hatte die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag im Vorfeld um ein Gespräch gebeten, dieses hat in den Räumen der AfD-Fraktion stattgefunden. Teilgenommen hatten unter anderem die religionspolitische Sprecherin der Fraktion, Corinna Herold und der parlamentarische Geschäftsführer, Stefan Möller, sowie Herr Abdullah Wagihshauer, Bundesvorsitzender der Ahmadiyya-Gemeinde und Herr Suleman Malik, Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinschaft in Erfurt.
 „Die AfD-Fraktion ist immer zu einem kritischen Dialog mit anderen Menschen bereit. Insbesondere mit Blick auf die Rechte der Frauen in islamischen Religionsgemeinschaften und dem intensiven Missionierungsanspruch der Ahmadiyya-Gemeinschaft gehe ich trotz der höflichen und sachlichen Atmosphäre sehr diesem Gespräch. Wenn schon zwei getrennte Gebetsräume beantragt werden sollen, kann das nicht im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter sein.“
weiter lesen Seite 2

AfD-Parteiprogramm für Deutschland

... weiter lesen Seite 4

Wahl des Bundespräsidenten

... weiter lesen Seite 6

1

AfD sagt NEIN zu Moscheebau in Erfurt ... weiter von Seite 1

... weiter von Seite 1:
 Als Erfurterin lehne ich im Interesse der betroffenen Anwohner den geplanten Moscheebau entschieden ab und befürworte einen **Bürgerentscheid in dieser Frage**“, sagte die religionspolitische Sprecherin, Corinna Herold, die auch Mitglied des Erfurter Stadtrats ist. Auch der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stefan Möller, teilt die Bedenken seiner Fraktionskollegen: „In dem geplanten Moscheebau mit Kuppel und Minarett erkennen wir einen deutlichen Bruch mit thüringischen Traditionen, der angesichts von gerade einmal 50 bis 80 Ahmadiyya-Mitglieder in ganz Thüringen nicht zu rechtfertigen wäre. **Muslims haben zwar einen Anspruch auf Gebetsräume, jedoch nicht auf Präsenz kultureller Umgebung**“

von unserer Leitkultur. Genau diese Botschaft wird den Thüringern jedoch mit dem Moscheebau in seiner geplanten Form vermittelt und findet hier offenkundig keine Akzeptanz.
 Wenn man sich mit einer fremden Religion in unsere Gesellschaft integrieren möchte, kann dies nicht ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und nur mit deutlicher sowie langfristiger Anpassungsbereitschaft geschehen. Diese fordern wir auch bei der Wahl des Ortes und der Gestaltung von Gebets- und Versammlungsräumlichkeiten islamischer Gemeinden.“
 (Quelle: AfD-Fraktion)

NEU – Das Buch: „Der Islam. Fakten und Argumente“

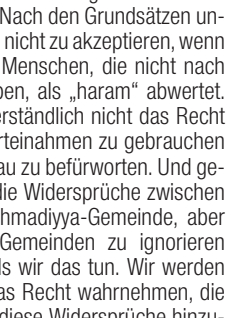
Der Islam ist im Gespräch, doch in der öffentlichen Debatte wird er oft einseitig und beschönigend dargestellt. **Dass der Islam – anders als das Christentum – eine Religion mit einem umfassenden gesellschaftlich-politischen Anspruch ist, bleibt dabei meist ungenannt.** Vor diesem Hintergrund bemüht sich die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag um sachliche Information und Aufklärung in Sachen Islam. Diesem Zweck dient die von der AfD-Fraktion herausgegebene Broschüre, die soben unter dem Titel „Der Islam. Fakten und Argumente“ erschienen ist. Im Vorwort zu diesem Büchlein schreibt Björn Höcke: **„Das Buch wendet sich an alle, die mehr über den Islam wissen und sich selbst ein Urteil bilden wollen.“**

Verfasser des Buches: Dr. habil. Michael Henkel

Der Islam

Fakten und Argumente

Wenn Sie Interesse an der Broschüre haben, schreiben Sie an die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: info@afd-thl.de. Das Buch steht auch online unter: <http://afd-thl.de/buch-der-islam-fakten-und-argumente/>



Karikatur



2

Offener Brief an Landesbischofin Junkermann und Bischof Neymeyr:

Sehr geehrte Frau Landesbischofin Junkermann, sehr geehrter Herr Bischof Neymeyr, in den vergangenen Tagen haben Sie verschiedentlich zum geplanten Bau einer Moschee der islamischen Ahmadiyya-Gemeinschaft in Erfurt-Marbach Stellung genommen. Sie befürworten und verteidigen das Moscheebauvorhaben hauptsächlich unter dem Hinweis auf die Religionsfreiheit.
 In diesem Zusammenhang haben Sie sich auch zu der kritischen Position geäußert, die in dieser Frage von der Thüringer AfD vertreten wird. Sie werten uns, dass wir die Religionsfreiheit ablehnen oder gar Grundrechte „einschränken“ würden. Mit solchen Äußerungen reihen Sie sich leider in die Phalanx derjenigen ein, die sich in der Auseinandersetzung mit uns auf Diffamierungen und phrasenhafte Verkürzungen der Positionen der AfD beschränken.
 Vor diesem Hintergrund weisen wir Ihre Kritik an der AfD zurück. Bereits am 22. März – mithin vor Verabschiedung des AfD-Bundesparteiprogramms und vor Bekanntwerden der Erfurter Moscheebaupläne – verabschiedete und veröffentlichte die **AfD-Fraktion im Thüringer Landtag „Leitlinien zum Umgang mit dem Islam in Deutschland“**. **Darin heißt es im ersten Satz ausdrücklich: „Die im Grundgesetz und in der Verfassung des Freistaats Thüringen garantierte Religionsfreiheit ist ein nicht zur Disposition stehendes Grundrecht“.** Folgerichtig sind wir selbstverständlich der Meinung, dass Muslimen Gebetsräume zur Verfügung stehen müssen.
 Wir weisen in den Leitlinien jedoch zugleich auf die juristisch unbestrittene Tatsache, dass die **Religionsfreiheit** weder unbeschränkt gilt, noch ein „Supergrundrecht“ ist, das alle Aktivitäten religiöser Gemeinschaften umfasst. Insbesondere ist die Religionsfreiheit **kein Freibrief zur Durchsetzung einer Agenda oder zur Begründung einer Parallelgesellschaft.** Die Ahmadiyya-Gemeinschaft weist entsprechende Zielvorstellungen zwar mündlich immer wieder zurück. Die Praxis, durch die sich eine Religion maßgeblich definiert, weicht von diesen Lippenbekanntnissen jedoch deutlich ab. Dies ist im Übrigen keinesfalls eine neue Erkenntnis. Sie speist sich aus einer Vielzahl von gut belegbaren Vorkommnissen, öffentlich bekannt gewordenen Verhältnissen und Anweisungen aus der Führungsschicht dieser Gemeinschaft und aus wissenschaftlichen Bewertungen.
 Das Praktizieren der Geschlechtertrennung nicht nur beim Beten, eine deutlich erkennbar werdende **Unterordnung der Frau im Verhältnis zum Mann, die Verabredung von Heiraten und die fehlende Toleranz für offen bekannte Homosexualität** in der Gemeinschaft zählen hierzu. Auch die Forderung nach einer **totalen Unterordnung von Kindern bis ins jugendliche Erwachsenenalter**, verbunden mit der Drohung, andernfalls mit dem Verstoß aus der Gemeinschaft und der Familie rechnen zu müssen, das **Bekräftigen der Folgsamkeit gegenüber dem „Khalifen“ in allen Weisungen durch Schwüre, die an totalitäre Zeiten erinnern** – all dies sind belegte Praktiken, die weder mit unseren Traditionen, unserer Leitkultur noch unserer Rechtsordnung im Grundgesetz vereinbar sind. Nach den Grundsätzen unserer Religionsgemeinschaft ist es auch nicht zu akzeptieren, wenn eine Religionsgemeinschaft Menschen, die nicht nach diesen religiösen Regeln leben, als „haram“ abwertet. Wir sprechen Ihnen selbstverständlich nicht das Recht ab, Ihr Amt für politische Parteinahmen zu gebrauchen oder den Erfurter Moscheebau zu befürworten. Und gewiss steht es Ihnen frei, all die Widersprüche zwischen Anspruch und Praxis der Ahmadiyya-Gemeinde, aber auch anderer islamischer Gemeinden zu ignorieren oder anders zu bewerten, als wir das tun. Wir werden in jedem Fall unsererseits das Recht wahrnehmen, die Menschen in Thüringen auf diese Widersprüche hinzuweisen. **Dennoch nach unserer Überzeugung stehen die dem Geist der Aufklärung entspringenden Traditionen und Lebensweisen in unserem Land andernfalls auf dem Spiel.**
 Als Patrioten werden wir zurecht schweigen, auch wenn wir hierfür unzufälliger Weise als Fremden- oder Volksgenossen diffamiert werden. So werden sie politisch gegen Moscheebaut positionieren, soweit sie in erster Linie als herausfordernde und in Stein gehauene kulturelle Abgrenzung von unserer Leitkultur und unseren Traditionen zu verstehen sind. Dies ist nach unserer Überzeugung bei den Planungen der Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach der Fall. Deswegen stellen wir uns an die Seite derjenigen Bürger, die diesen geplanten Moscheebau ablehnen.
 Von Ihnen würden wir uns wünschen, dass Sie dieselbe Toleranz gegenüber unserer Sichtweise aufbringen, wie wir es in Bezug auf Ihre Auffassungen handhaben. Ansonsten tragen Sie zu eben der Spaltung unserer Gesellschaft bei, die Sie an anderer Stelle zu Recht beklagen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Rückfragen und Gespräche gern zur Verfügung.
 Mit freundlichen Grüßen
 Björn Höcke – Fraktionsvorsitzender
 Stefan Möller – Parlamentarischer Geschäftsführer
 Corinna Herold – Religionspolitische Sprecherin

wissenschaftlichen Bewertungen.
 Das Praktizieren der Geschlechtertrennung nicht nur beim Beten, eine deutlich erkennbar werdende **Unterordnung der Frau im Verhältnis zum Mann, die Verabredung von Heiraten und die fehlende Toleranz für offen bekannte Homosexualität** in der Gemeinschaft zählen hierzu. Auch die Forderung nach einer **totalen Unterordnung von Kindern bis ins jugendliche Erwachsenenalter**, verbunden mit der Drohung, andernfalls mit dem Verstoß aus der Gemeinschaft und der Familie rechnen zu müssen, das **Bekräftigen der Folgsamkeit gegenüber dem „Khalifen“ in allen Weisungen durch Schwüre, die an totalitäre Zeiten erinnern** – all dies sind belegte Praktiken, die weder mit unseren Traditionen, unserer Leitkultur noch unserer Rechtsordnung im Grundgesetz vereinbar sind. Nach den Grundsätzen unserer Religionsgemeinschaft ist es auch nicht zu akzeptieren, wenn eine Religionsgemeinschaft Menschen, die nicht nach diesen religiösen Regeln leben, als „haram“ abwertet. Wir sprechen Ihnen selbstverständlich nicht das Recht ab, Ihr Amt für politische Parteinahmen zu gebrauchen oder den Erfurter Moscheebau zu befürworten. Und gewiss steht es Ihnen frei, all die Widersprüche zwischen Anspruch und Praxis der Ahmadiyya-Gemeinde, aber auch anderer islamischer Gemeinden zu ignorieren oder anders zu bewerten, als wir das tun. Wir werden in jedem Fall unsererseits das Recht wahrnehmen, die Menschen in Thüringen auf diese Widersprüche hinzuweisen. **Dennoch nach unserer Überzeugung stehen die dem Geist der Aufklärung entspringenden Traditionen und Lebensweisen in unserem Land andernfalls auf dem Spiel.**
 Als Patrioten werden wir zurecht schweigen, auch wenn wir hierfür unzufälliger Weise als Fremden- oder Volksgenossen diffamiert werden. So werden sie politisch gegen Moscheebaut positionieren, soweit sie in erster Linie als herausfordernde und in Stein gehauene kulturelle Abgrenzung von unserer Leitkultur und unseren Traditionen zu verstehen sind. Dies ist nach unserer Überzeugung bei den Planungen der Ahmadiyya-Gemeinde in Erfurt-Marbach der Fall. Deswegen stellen wir uns an die Seite derjenigen Bürger, die diesen geplanten Moscheebau ablehnen.
 Von Ihnen würden wir uns wünschen, dass Sie dieselbe Toleranz gegenüber unserer Sichtweise aufbringen, wie wir es in Bezug auf Ihre Auffassungen handhaben. Ansonsten tragen Sie zu eben der Spaltung unserer Gesellschaft bei, die Sie an anderer Stelle zu Recht beklagen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Rückfragen und Gespräche gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

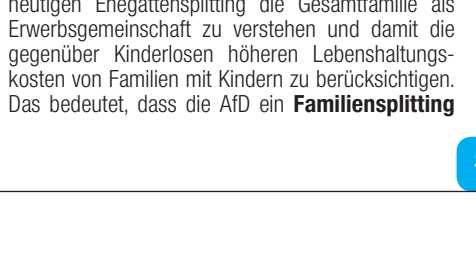
Björn Höcke – Fraktionsvorsitzender

Stefan Möller – Parlamentarischer Geschäftsführer

Corinna Herold – Religionspolitische Sprecherin

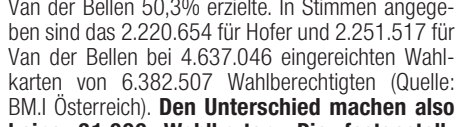
3

Das Programm für Deutschland der AfD



Jetzt ist es soweit. Etwa drei Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Alternative für Deutschland (AfD) ein Grundsatzprogramm gegeben. Es ist ein Programm, das demokratischer kaum hätte entstehen können. In ca. 150 Landesfachschüssen, 10 Bundesfachschüssen sowie der Bundesprogrammkommission haben die Mitglieder den Entwurf in monatelanger Arbeit geschaffen. Den folgten zwei Mitgliederbefragungen zu vier relevanten Themenbereichen und schließlich der Beschluss des Leittrages auf dem 5. Bundesparteiitag in Stuttgart vor einigen Wochen.
 Es heißt: „Programm für Deutschland“ und das ist es auch: **Mut zu Deutschland. Freie Bürger, keine Untertanen.** Das Programm beginnt mit einer Beschreibung, wer die AfD ist: **Wir sind Liberale und Konservative. Wir sind freie Bürger unseres Landes. Wir sind überzeugte Demokraten.**
 Es ist ein Programm für verantwortungsbewusstes politisches Handeln zum Wohle aller Bürger und einer gezielten Entwicklung für unser Land. Es enthält Forderungen und Zielstellungen, die einer vernunftorientierten Politik zugrunde liegen.
 Eigentlich nichts Skandalöses oder Komikales. Dazu wird es aber in Äußerungen und Kommentaren von verschiedenen Politikern und Medienvertretern gemacht, weil offensichtlich vernünftige und naheliegende Forderungen soweit aus dem Fokus von Politik, Gesellschaft und Meinungshoheit entfernt sind, dass eine große Aufregung produziert wird.
 Im Grundsatzprogramm der AfD steht zum Beispiel die **Forderung nach Volksentscheiden auf Bundesebene** nach, das Volk, der Souverän zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen nach seiner Meinung und

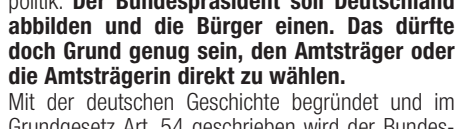
Entscheidung zu fügen? Oder hat man Angst, die Entscheidung könnte gegen die festgeschriebenen Macht-, Lobby- oder Wirtschaftsinteressen ausfallen? Das wäre ja noch schöner, die Bürger irgendetwas entscheiden zu lassen, sei es auch noch so wichtig für die Zukunft unseres Landes.
 Deutsche Bürger wurden bisher nicht gefragt, ob sie beispielsweise den Euro oder den Verbleib in der EU wollen, ob sie mit ihrem hart erarbeiteten Steuergeld ausländische Banken retten wollen oder ob Deutschland ein Einwanderungsland sein soll.
 Was kann daran falsch sein, die **Sicherheit des Landes und die deutschen Außengrenzen flächendeckend schützen** zu wollen, wenn die Grenzen der Europäischen Union bisweilen offen sind wie ein Scheunentor? Zur Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes gehört es auch, die **Polizei zu stärken und die Strafjustiz zu verbessern, organisierte Kriminalität nachhaltig zu bekämpfen und die Opfer anstelle der Täter zu schützen.** Wer straflos bleibt, muss die Konsequenzen des Rechtsstrafes wahren.
 Spricht ist, **den Rechtsstaat zu stärken**, sich konsequent an Recht und Gesetz zu halten. Gegenwärtig machen das nicht mal die Bundespräsidenten und die Landesparlamente, in dem sie anfangen von der Dublin-Verordnung massenhaft gegen Europa-, Bundes- oder Landesrecht verstoßen.
 Zur Stärkung des Rechtsstaats gehört auch, **Angriffe auf Amtspersonen härter zu bestrafen.** Angriffe zum Beispiel gegen Polizisten sind nicht nur Tätlichkeiten gegen Personen, was an sich schon schlimm genug ist, sondern auch ein Angriff auf unseren Rechtsstaat.
 Was spricht gegen die **Änderung der NATO in ein Verteidigungsbündnis, die Stärkung des europäischen Teils, die Vertretung deutscher Interessen im Bündnis, den Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden und die Stärkung der Bundeswehr?** Genau das will die AfD erreichen.
 Einen großen medialen Aufschrei gab es schon weit vor der Veröffentlichung des Programmsbuches zur Familien- und Sozialpolitik der AfD und ihrem **Bekanntnis zur traditionellen Familie** aus Vater, Mutter und Kind(ern) als „**Keimzelle der Gesellschaft**“. Angeht wohl die AfD die Blüthen wieder an den Herd ketten. Ein ungläublicher Blödsinn! **Die AfD will Menschen ermüthen, in ihrer freien Entscheidung ohne wirtschaftlichen oder ideologischen Zwang stärker zur Familie und ihren Kindern, zur gegenseitigen Übernahme von Verantwortung und Fürsorge zu stehen.** Oh, wie rückschrittlich! Im Übrigen haben kluge Menschen den besonderen Schutz von Ehe und Familie schon vor Jahren im Grundgesetz verankert.



4

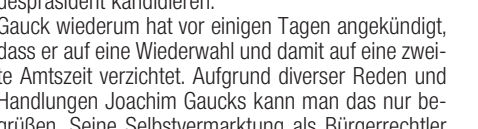
Im gleichen Atemzug fühlen sich die Lesben, Schulen, Bi-, Trans-, Gender-, Queer- und so weiter- Sexuellen, die nach Angaben ihrer eigenen Verbände einen Anteil an der Bevölkerung in Deutschland von insgesamt ca. 2 Prozent haben, „diskriminiert. Dabei spricht sich die AfD ausdrücklich dafür aus, dass „jeder nach seiner Fassung selbig werden soll“.

Nach größer ist die Aufregung über den Satz: **„Die Islam gehört nicht zu Deutschland“** und die Forderung nach dem Verbot von Minaretten, Muezzinruf und Vollverschleierung im öffentlichen Raum. **Die**



AFD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Aber die Partei fordert, der Religionsausübung durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schaden zu setzen. Dazu ist es wichtig, sich zu den Fakten zu informieren. Immerhin findet auf Initiative der AfD überhaupt eine Debatte über dieses Thema in Deutschland statt.
 Für ihre Forderungen in der Asyl- und Zuwanderungs-politik war die AfD schon vor dem Parteiprogramm bekannt: **keine rechtswidrige Massenwanderung über das Asylrecht** messen, die Konsequente Abschiebung abgeleiteter Asylbewerber, die Begleitung von Fehlannahmen und eine Maßvolle Begleitung Einwanderung über ein Einwanderungsgesetz.
 Die wichtigsten Ziele der Wirtschaftspolitik der AfD sind die **Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft**, Bürokratieabbau in den Unternehmen sowie die Stärkung des Mittelstandes. Eng mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft ist der **gesetzliche Mindestlohn** verbunden, dessen Erhalt die AfD befürwortet.
 Die angestrebte Reformierung Deutschlands geht nicht ohne eine umfassende Reform des Steuerrechts. Die AfD tritt für ein **vereinfachtes und gerechtes Steuersystem** ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdienende entlastet. Eine entschiedene Neuerung ist: analog dem heutigen Ehegattensplitting die Gesamtfamilie als Erwerbsgemeinschaft zu verstehen und damit die gegenüber Kinderlosen höheren Lebenshaltungskosten von Familien mit Kindern zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass die AfD ein **Familien splitting**

einführen will.
 Außerdem strebt die AfD die **Rückkehr zu ausgeglichene Staatshaushalten** an, fordert die planmäßige Tilgung der Staatsschulden und tritt für die **Erhaltung des Bargeldes** uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel ein.
 Das alles und noch sehr viel mehr steht im Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Das vollständige Programm finden Sie über die Webseiten der AfD, zum Beispiel hier: https://www.alternativefuerdeutschland.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016_06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf
 In Kürze wird es auch in gedruckten Ausgaben zur Verfügung stehen.
Politiker aus dem schwarz-rot-rot-gelb-grünen Farbenspektrum machen sich immer wieder auf, „die AfD entzaubern“ zu wollen. Sie suchen dafür krampfhaft Strategien und wollen sich der Grundsatzzusammenfassung und diese Zwecke bedienen. Freigestigt werden von einzelnen Protagonisten gerne mal nicht in das Programm projiziert, die dort gar nicht zu finden sind oder deren Auslegung alle Grenzen überschreitet. Offen bleibt die Frage, ob diejenigen das Programm nicht gelesen oder nicht verstanden haben bzw. das auch gar nicht wollen.



Nichts ist alternativlos und schon gar nicht die derzeitige Politik in Deutschland und Europa. Die AfD will den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widme, seinen Nutzen mehre, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“
 (Birgit Noll)

5

FPÖ ficht Bundespräsidentenwahl an

FPÖ ficht Bundespräsidentenwahl an: **Dokumentierte Gesetzeswidrigkeiten in 94 von 117 Bezirkswahlbehörden.** Kurz nach der Stichwahl zwischen Norbert Hofer (FPÖ) und Alexander Van der Bellen (Die Grünen) mehren sich bereits im Internet die Hinweise auf Wahlmanipulationen oder zumindest Widrigkeiten gegen geltendes Wahlgesetz bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich am 22. Mai 2016. Der im ersten Wahlgang mit 36,4% klar für die Norbert Hofer unterlag in der Stichwahl dem Grünen-Kandidaten, welcher im ersten Wahlgang 20,4% erreichte, nur bei knapp mit 49,7% der Stimmen, während von der Bellens 50,3% erzielte. In Stimmen angehend sind das 2.220.654 für Hofer und 2.251.517 für Van der Bellen bei 4.637.046 eingereichten Wahlkarten von 6.382.507 Wahlberechtigten (Quelle: BMJ Österreich). **Den Unterschied machen also keine 31.000 Wahlkarten. Die festgestellten Gesetzeswidrigkeiten betreffen 573.275 Wahlkarten,** ein Vielfaches der Stimmdifferenz zwischen Hofer und Van der Bellen.
 FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache (oder HC, wie er sich selbst nennt) bezeichnete diese treffend als „erschreckend“ (<https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-fpoe-ficht-bundespraesidentenwahl-an/>).
 In einer Pressekonferenz am 8. Juni berichtete Strache vom Ausmaß der dokumentierten Manipulationen (<https://www.facebook.com/fpoeit/videos/691590840382188/>). Briefwahlkarten sind vor ihrer Auszählung geöffnet. Briefwahlkarten

wurden vorsortiert in zählende und nicht zählende Stimmen, aus Briefwahlkarten waren die Stimmenabgaben entnommen. Wahlkarten wurden vor der offiziellen Auszählung schon ausgewertet und in einigen Wahlbehörden wurden die Karten durch nichtberechtigte Personen ausgezählt. In mehreren Wahlbezirken wurden Wahlbeteiligungen über 100% registriert. Das hat nicht einmal die SED geschafft, der ging bei 99,99% die Puste aus.)
 Jedem wirklich demokratisch eingestellten Menschen müsste daher daran gelegen sein, diese Unstimmigkeiten und Gesetzesbrüche aufzuklären. Immerhin wird der Bundespräsident in Österreich direkt von den Bürgern gewählt und nicht wie in Deutschland durch eine politisch besetzte Bundesversammlung.
 Wie bezeichnend für das demokratische Verständnis der Altpolitik ist es daher, dass Altparteien aus Österreich und Deutschland sowie Leitmedien beider Länder die Wahlentfaltung durch die FPÖ kritisieren.
 Alexander Van der Bellen wiederum zeigte sein Verständnis von Demokratie nur wenige Tage der Stichwahl. Er sagte, dass er im Falle eines Wahlsieges der FPÖ bei den nächsten Parlamentswahlen den Freiheiten nicht den Regierungsauftrag erteilen werde. (<http://www.stern.de/politik/aussen/oesterreich-alexander-van-der-bellen-6866870.html>).
 Aber man sieht, haben nicht nur deutsche Altparteipolitiker so ihre „Schwierigkeiten“ mit demokratischen Entscheidungen und dem Bürgerwillen.
 (Nadine Hoffmann)

Die direkte Wahl des deutschen Bundespräsidenten ist überfällig

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt Deutschlands und damit Repräsentant des Landes, wenn auch die Aufgaben meist eher in einer Vorzeigefunktion angesiedelt sind und nicht in der Tagespolitik. **Der Bundespräsident soll Deutschland abbilden und die Bürger einen. Das dürfte doch Grund genug sein, den Amtsträger oder die Amtsträgerin direkt zu wählen.**
 Mit der deutschen Geschichte begründet und im Grundgesetz Art. 54 geschrieben wird der Bundespräsident aber von einer eigens dafür geschaffenen Bundesversammlung gewählt. Diese besteht aus Mitgliedern des Bundestages und Vertretern, welche von den Landesparlamenten ausgewählt werden. Der „gemeine Bürger“ ist außen vor.
 Dieser nicht-direkt-demokratischen Einrichtung haben wir es wohl auch zu verdanken, dass nach Köhler und Wulf, die beide frühzeitig Joachim Gauck für fünf Jahre den Amtssitz des Bundespräsidenten, das Schloss Bellevue bewohnte. **Gauck selbst ist übrigens kein Freund der direkten Demokratie.**

Einen Mangel an möglichen Kandidaten gibt es wiederum nicht, denn jeder deutsche Staatsangehörige, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und mindestens 40 Jahre alt ist kann – theoretisch – als Bundespräsident kandidieren.
 Gauck wiederum hat vor einigen Tagen angekündigt, dass er auf eine Wiederwahl und damit auf eine zweite Amtszeit verzichtet. Aufgrund diverser Reden und Handlungen Joachim Gaucks kann man das nur begrüßen. Seine Selbstvermarktung als Bürgerrechtler wird zunehmend von Zeitzeugen angezweifelt. Die vielen Predigten anmündenden Leisuren waren teilweise zum Fremdschämen. Er teilte unser Land in Hell- und Dunkeldebatten und statt es zu vereinigen. **Und nicht einmal den Tag der Wiedervereinigung, das Gedenken an den friedlichen Aufstand gegen das SED-Regime gönnte Gauck den Bürgern, denn er nutzte auch die Aufrufte bei diesen Gelegenheiten zum Mahnen, Ermahnen und zum Schönreden der massenhaften illegalen Einwanderung.**
 Nun wird ein Nachfolger gesucht. Im Gespräch sind

6

bei den Altparteien Lammert, Schwesig, Steinmeier, Göring-Eckardt. Man denkt in der Altpolitik also nicht an eine Grundgesetzänderung zugunsten der Direktwahl des deutschen Staatsoberhauptes. Angeblich würde eine solche direkte Wahl die repräsentative Demokratie gefährden. (Oder nicht vielmehr das bestehende politische Machtgefüge?)
 Angesichts der lebhaften Demokratie, die von den Altparteien so oft zitiert, aber wohl kaum verstanden wird, wäre eine Volkswahl des Bundespräsidenten jedoch überfällig und mit ihr sind Volksentscheide auf Bundesebene einzurichten. **Die repräsentative Demokratie, das zeigt das Beispiel Deutschland, alleine ist anfällig für Hinterzimmergesprächen. Ein System aus direkter und repräsentativer Demokratie wie in der Schweiz würde dem Vorbild Deutschland, als dass es verkauft wird, gut zu Gesicht stehen und dem Bürger mehr Stimme verleihen.**
 (Nadine Hoffmann)

den einen kontinuierlich erteilten Fachunterricht auch nur annähernd ersetzen. **Wir fordern, dass offengelegt wird, wie viele Stunden tatsächlich nicht fachgerecht erteilt werden.**
 Die schlechten Arbeitsbedingungen an Thüringer Schulen führen laut GEW dazu, dass die Attraktivität einer Anstellung als Lehrer in Thüringen immer weiter sinkt. Während in den Nachbarbundesländern Entfristungen und Verbeamtungen durchgeführt würden, seien diese Möglichkeiten in Thüringen nicht gegeben. Zahlenmäßig gäbe es zwar noch genug Lehrer, jedoch werde die Besetzung von Stellen in Mangelfächern zunehmend erschwert.
„Als AfD-Fraktion sehen wir – ebenso wie die anderen – die Notwendigkeit den Lehrberuf wieder deutlich attraktiver zu gestalten. Dazu gehören neben der Möglichkeit der Verbeamtung auch Entfristungen, die Möglichkeit der Beförderung und vor allem die deutliche Entlastung von Lehrern von bürokratischen und Verwaltungsaufgaben“, so Muhsal abschließend.
 (AfD-Fraktion)

Katastrophale Bilanz der Landesregierung für Schuljahr 2015/16

Die GEW Thüringen hat bei ihrer Pressekonferenz heute ein katastrophales Bild von der Situation an den Thüringer Schulen gezeichnet. So machte die für Erziehung und Wissenschaft zuständige Gewerkschaft deutlich, dass sich der zunehmende Personalmangel an Thüringer Schulen sehr negativ auf die Beschulung der Kinder auswirke und eine Verbesserung der Situation nicht absehbar sei. **Mittlerweile sei Unterrichtsaulauf an der Tagesordnung, die Abordnung von Lehrern keine Seltenheit mehr, und die Zahl der langzeitkranken Lehrkräfte erhöhte sich.**
 Dazu erklärte Wiebke Muhsal, bildungspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Schon im vergangenen Jahr haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, die Zahl der zwingend notwendigen Neueinstellungen von Lehrern an Thüringer Schulen zu ermöglichen. Dass die im Koalitionsvertrag verankerten 500 Neueinstellungen von Lehrern jährlich nicht einmal die Abgänge kompensieren können, war auch im vorigen Jahr schon klar. Nichtsdestotrotz reagiert die Landesregierung nicht und nimmt die katastrophalen Zustände an Thüringer Schulen weiter billigend in Kauf. **Um den Zuständen entgegenzuwirken, ist eine Abkehr vom Stellenabbaukonzept zwingend erforderlich.**“
 Steigende Schülerzahlen und immer weniger Lehrer an Thüringer Schulen führen laut GEW zu vermehrtem Stundenausfall, mit dem „kreativ umgegangen“ werde, um die Statistiken positiv zu beeinflussen. Muhsal weiter: „Meine kleine Anfrage zu diesem Thema aus dem September letzten Jahres hatte gezeigt, dass laut Definition fachfremder Unterricht als normaler Unterricht gewertet wird. Das ist aber nicht der Fall. Weder diese Form der Vertretung, noch die Stillbeschäftigung kön-

nen einen kontinuierlich erteilten Fachunterricht auch nur annähernd ersetzen. **Wir fordern, dass offengelegt wird, wie viele Stunden tatsächlich nicht fachgerecht erteilt werden.**
 Die schlechten Arbeitsbedingungen an Thüringer Schulen führen laut GEW dazu, dass die Attraktivität einer Anstellung als Lehrer in Thüringen immer weiter sinkt. Während in den Nachbarbundesländern Entfristungen und Verbeamtungen durchgeführt würden, seien diese Möglichkeiten in Thüringen nicht gegeben. Zahlenmäßig gäbe es zwar noch genug Lehrer, jedoch werde die Besetzung von Stellen in Mangelfächern zunehmend erschwert.
„Als AfD-Fraktion sehen wir – ebenso wie die anderen – die Notwendigkeit den Lehrberuf wieder deutlich attraktiver zu gestalten. Dazu gehören neben der Möglichkeit der Verbeamtung auch Entfristungen, die Möglichkeit der Beförderung und vor allem die deutliche Entlastung von Lehrern von bürokratischen und Verwaltungsaufgaben“, so Muhsal abschließend.
 (AfD-Fraktion)

Holger Winterstein (AfD) kandidiert zur Bürgermeisterwahl in Sonneberg

Nach dem plötzlichen Tod der bisherigen Amtsinnhaber wird am 21. August dieses Jahres in Sonneberg ein neuer Bürgermeister gewählt. Für die Alternative für Deutschland (AfD) kandidiert Holger Winterstein für dieses Amt. THÜRINGENPOST hat ihn zu seiner Motivation befragt und möchte den Kandidaten vorstellen:
 Der 54-Jährige ist verheiratet und Vater zweier der Kindheit entwachsener Kinder, wie er selbst sagt. Er erlernte den Beruf des Maurers, wurde nach der Meisterschulbildung 1999 Handwerksmeister und Leiter Bausachverständiger. Sein ganzes bisheriges Leben war von Lernen und Weiterentwicklung geprägt.
 Nach Wintersteins Auffassung muss der Bürgermeister ein pragmatisch denkender Mensch sein, der in seiner Heimat tief verwurzelt ist. Er strebt so viel Eigenständigkeit und Selbstbestimmung für seine Heimatstadt und die Region wie möglich an. Holger Winterstein möchte

die traditionelle Infrastruktur (Bebauen, Einzelhandel und Gastronomie fördern, die Aufgaben- und Bürokratielast für die Gewerbetreibenden senken und eine kulturelle Bereicherung in seiner Stadt schaffen. Nicht zuletzt sollen die Sicherheit und der Zivilschutz gestärkt werden. Kurzum: „Wir wollen eine lebenswerte Stadt haben, auf die unsere Bürger stolz sein können“, sagte Winterstein. Die von der rot-rot-grünen Landesregierung geplante Gebietsreform sieht er sehr kritisch, weil sie gewachsene starke Strukturen zerstöre. Diese Gebietsreform müsse verhindert bzw. könne nur dann durchgeführt werden, wenn sie durch eine Mehrheit in einer Volksabstimmung getragen wird. Das Bewusstsein der Bürgerrechte müsse wieder geschärft werden. THÜRINGENPOST wünscht Holger Winterstein viel Erfolg bei seiner Kandidatur für das Bürgermeisteramt in Sonneberg.

Rot-rot-grüner Änderungsantrag zum Vorschaltgesetz ist Flickschusterei

Die Große Landgemeinde ist eine große Mogelpackung. Der von den Koalitionsfraktionen überhatet und ohne Rücksprache mit dem Gemeinde- und Städtebund vorgelegte Änderungsantrag zum Vorschaltgesetz zeigt von Flickschusterei“, erklärte Jörg Henke, kommunal- und innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.
 Die sogenannte Große Landgemeinde solle die kommunale Selbstverwaltung stärken, indem für die Ortsteile ein Teilhaushaltsrecht eingeführt werde und das Ortsrecht in den Ortschaften nach wie vor gelte. Dies führe nach Meinung Henkes „zu einem Flickenteppich“. Innerhalb der Großen Landgemeinde werde es dann zum Beispiel Ortschaften geben, die Straßenausbaubeiträge erheben und andere, die das nicht tun. „Der Verwaltungsaufwand – etwas, was von Rot-Rot-Grün bei Verwaltungsgemeinschaften immer wieder kritisiert wird – ist enorm und die Ungleichbehandlung der Bürger bedenklich.“ Durch die Mindestgröße von 10.000 Einwohnern werde das Modell Große Landgemeinde wohl auf Einzelorte beschränkt bleiben. Die durchschnittliche Einwohnerzahl einer Landgemeinde in Thüringen liege nach den letzten Zahlen bei gera-

de einmal 4.880 Einwohnern. „Die Landgemeinde war schon bisher ein Ladenhüter – 2014 und 2015 hat sich keine einzige Verwaltungsgemeinschaft in eine Landgemeinde umgebildet, wie aus einer aktuellen Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht. Dass die Große Landgemeinde nur für eine Übergangsperiode bis 2024 Bestand haben soll, trägt ebenfalls nichts zu ihrer Attraktivität bei“, so Henke.
 Statt durch Flickschusterei noch mehr Chaos zu stiften, solle die Landesregierung die konstruktiven Vorschläge der AfD-Fraktion aufgreifen und die Verwaltungsgemeinschaften stärken. Es ließe sich beispielsweise die Aufgabenübertragung an die Verwaltungsgemeinschaft durch finanzielle Anreize fördern. Henke weiter: „**Wir haben bereits eine funktionierende Verwaltungsstruktur. Es gibt bislang keinerlei empirische Beweise, dass eine Landgemeinde effektiver sein soll als eine Verwaltungsgemeinschaft. Dagegen ist es nur in klar: Wirkliche Selbstverwaltung gibt es nur in einer Verwaltungsgemeinschaft. Auch die Große Landgemeinde bleibt eine Mogelpackung.**“
 (AfD-Fraktion)

www.thueringenpost.de · info@thueringenpost.de

Impressum: Alternative für Deutschland, Erfurt, Birgit Noll, Alte Chaussee 87, 99097 Lützenkirchen
 nächste Ausgabe: September 2016
 Informationen: www.afd-thueringen.de · www.facebook.com/AfD.Thueringen

Die AfD ist eine demokratische, verfassungskonforme Partei Deutschlands. Mitglieder müssen versichern, dass sie keiner rechtsextremen, linksradikalen oder ausländerfeindlichen Organisation angehören und sich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.

8

